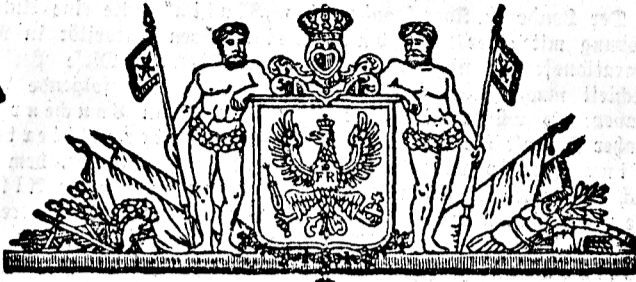


# Vossische



# Zeitung

Begründet 1764  
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer  
30 Pfennig

Verlag Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernhard, Verantw. Redaktion (m. Ausn. d. Handw.) : Jul. Eibau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11850 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660

## Die Bolschewisten gegen das Hilfswerk.

### Die Auflösung des russischen Komitees.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Moskau, 31. August.

Eine von der hiesigen Sowjetmission ausgegebene Mitteilung über den Konflikt mit dem allrussischen Hungerkomitee besagt, um den unpolitischen und charitativen Charakter des Hilfswerks zu wahren und zu verhüten, daß das Komitee ein Werkzeug ausländischer Gruppen in dem Moment werde, in dem die Frage der Hilfsaktion durch die Behandlung des Obersten Rats einen offensichtlich politischen Charakter erhielt, habe das Zentralkomitee am 18. August dem allrussischen Hungerkomitee vorgeschlagen, die geplante Entsendung einer Abordnung ins Ausland zu verschieben und seine Mitglieder zur Arbeit in die vom Hunger betroffenen Distrikte zu entsenden. Am 23. August hätte darauf das Komitee in ultimativer Form unter Androhung von Arbeitsniederlegung die sofortige Ausreise der Delegation verlangt und habe weiter die Entsendung von Mitgliedern in die Hungerdistrikte abgelehnt. In diesem Verhalten habe die Sowjetregierung einen Beweis für die Neigungen des Komitees erblickt, sich an dem gegenrevolutionären politischen Spiel des Auslandes zu beteiligen und habe deshalb das Komitee aufgelöst.

Wir haben bereits im Morgenblatt zu der Meldung von der Auflösung des Komitees bemerkt, daß es sich um einen Sabotageakt der Sowjetregierung an dem Hilfswerk handelt. Die Darstellung der Sowjetbehörden selbst bestätigt diese Auffassung. Die Warschauer Regierung sucht offenbar mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Bewohner des bolschewistischen Zuchthauses Gelegenheit bekommen, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten. Es liegt auf der Hand, daß

dieses Vorgehen der Sowjetregierung gegen das Komitee, an dessen Spitze der allgemein geachtete frühere Dumapräsident Oplowin stand, in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregen und zur Aufklärung über die Moskauer Herren wesentlich beitragen wird.

### Die internationale Rußlandhilfe.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Paris, 31. August.

Der vom Obersten Rat eingesezte Ausschuss für die Rußlandhilfe wählte zwei Unterkommissionen, von denen die eine feststellen soll, welche russischen Provinzen, um jedes Manöver seitens der Sowjets zu vermeiden, in Wirklichkeit von der Hungersnot heimgesucht sind. Weiter soll sie die Ausdehnung der zu leistenden Hilfe feststellen und sich über die Mittel Rechenschaft geben, wie die Hilfeleistung am besten durchgeführt werden könnte. Weiter hat diese Unterkommission in Erwägungen darüber einzutreten, ob es nicht möglich sei, Rußland selbst mit zur Hilfeleistung heranzuziehen, indem man den in gewissen Provinzen vorhandenen Getreideüberschuß nach den von der Hungersnot heimgesuchten Provinzen dirigiert, und welche Transportmittel hierfür in diesem Falle verwendet werden können. Die Unterkommission soll auch die Bedingungen festlegen, unter denen die Kontrolle der Verteilung durchgeführt werden kann.

Wie bekannt, soll die vom Obersten Rat ernannte Internationale Hilfskommission den Kern eines großen internationalen Komitees bilden, in das alle Staaten und alle Privatorganisationen, das Rote Kreuz usw., aufgenommen werden sollen.

Die zweite Unterkommission wurde mit der Aufgabe betraut, die Mittel zu studieren, wie alle Kräfte zu einem einheitlichen Werk zusammengefaßt werden können, um ein Höchstresultat zu erreichen. Die Hauptkommission wird heute nachmittags drei Uhr eine neue Sitzung abhalten.

## Die Begründung der Reichswehr.

Von

Generalmajor a. D. Dr. h. c. Freiherr v. Schönaich.

Der Verfasser hat in der Abendausgabe der „Voss. Ztg.“ vom 30. August den Zerfall des alten Heeres geschildert. Seine weiteren Ausführungen behandeln die Entstehung der Reichswehr.

Daß die Soldatenräte die angemessene Nachstellung freiwillig preisgeben würden, erschien ausgeschlossen. Sie dazu zu zwingen, fehlte es an militärischer Macht. Auf der anderen Seite war der Haß gegen die Offiziere in den künstlich aufgewickelten Massen so groß, daß es ohne eine gewisse Nachgiebigkeit in Neuverhältnissen nicht abging. Das Wert der drei Männer war zweifellos ein Kompromißwert, aber ein aus tiefer Menschkenntnis und nüchterner Beurteilung der Lage geborenes.

Der tatsächlich bestehende wüste Willkürzustand mußte in einen geordneten übergeführt werden. Mit bitterstem Herzen entschloß sich der Kriegsminister, die ganze alte ruhmreiche deutsche Armee allmählich aufzulösen und dafür etwas ganz Neues aufzubauen. Am 19. Januar 1919 erließen der vielumstrittene Erlass, durch den die Korabre gerechtfertigt, die Aufstellung preisgegeben wurden. Beides Neuverhältnisse, die erst durch die Revolution zu grundsätzlicher Bedeutung aufgewacht worden waren. Das Wesentlichste aber war, daß den Soldatenräten jede Kommandogewalt genommen und ihnen nur eine eng begrenzte Einspruchsöglichkeit bei Befehle der Kommandostellen eingeräumt wurde.

In einer Versammlung der damals in der Bildung begriffenen Offizierbünde wurde der Kriegsminister wegen dieses Erlasses in wüster Weise angegriffen. Man sah die kleinen Nachgiebigkeiten, und übersah das große Erreichte. Diese Haltung der zweifellos vaterlandstreuen Offiziere allein mit anerkennender politischer Kritik zu erörtern, wäre ungerathen. Die Verblüffung der Offiziere war verständlich. Sie hatten Jahre nach bestem Können ihre Pflicht getan, hatten täglich dem Tod ins Angesicht geschaut, und wurden dafür, glücklich in der Heimat, von einem fanatisierten Mob mit Schmutz beworfen. Was Wunder, wenn sie von den Segnungen der Revolution nichts wissen wollten und den Maßstab verloren für die großen Zusammenhänge.

Der Widerstand gegen diesen einen Rechtszustand schaffenden Erlass war auf der Höhe bis in die Reihen der gemäßigten Mehrheitssozialisten nicht minder groß.

Spartakus erkannte, daß seine Zeit vorüber sei, so wie dieser Erlass wirkfam sein würde. Im März 1919 holte er zu einem neuen Schlage aus. Dabei zeigte es sich, daß die Truppen wieder in der Hand ihrer Führer waren. Auf Grund dieses Erlasses ging die Gesundung der Truppen langsam aber sicher vor sich.

Im Laufe des Frühjahrs 1919 begann die Auflösung der alten Regimenter und Bildung der neuen Reichswehregimenter, für die Soldatenräte nicht mehr vorgesehen waren. An ihrer Stelle wurden Vertrauensräte gebildet, die als beratende Organe der Kommandeure vielfach eine durchaus heilsame Tätigkeit entfalten konnten.

Neben den neuen Reichswehregimenten waren unter Billigung der Regierung zahlreiche Freiwilligenformationen gebildet worden, die meist für die Unternehmungen im Balkan bestimmt waren. Die inneren Zusammenhänge dieser Unternehmungen sind heute noch nicht zweifelsfrei geklärt. Der Friedensvertrag war uns noch nicht vorgelegt. Hoffnung und Verzweiflung wogten hin und her. Ueber die Stärke der zukünftigen Armee war gar nichts bekannt. Im Lande herrschte Hunger und Arbeitslosigkeit. So drängten die alten Soldaten, halbe Kinder und zweifelhafte Abenteuer, in Massen zu den Truppen.

Die fast täglich wechselnde inner- und außenpolitische Lage bedingte fortwährende Umbildungen der Formationen.

Im Sommer 1919 hatte die Regierung eine ziemlich erhebliche, leidlich zuverlässige Truppenmacht in der Hand. Da kam das Versailler Friedensdiktat mit der Herabsetzung der Heeresstärke zunächst auf 200 000, dann auf 100 000 Mann. Das hatte niemand für möglich gehalten.

In dem Vertrage, den eine bürgerlich-sozialistische Regierung der Mitte in bitterem Zwange unterzeichnete, um noch Schlimmeres abzuwenden, war die Auslieferung der Offiziere verlangt, die die Entente als Kriegsverbrecher bezeichnete wurde.

Diese Forderung schlug wie eine Bombe ein.

Während auf der einen Seite Besonnenen erkannten, daß es zu diesem Neukersten keinesfalls kommen würde, erkannten auf der anderen die in schärfstem Kampf gegen die Regierung der Mitte stehenden Elemente, daß diese sogenannten Schmachparagraphen vielleicht eine Handhabe gegen die stark sozialistisch gefärbte Regierung bieten könnten. Schon damals, im Juni 1919, begannen dieselben Desperados, die neun Monate später bei dem Kapp-Putsch eine so verhängnisvolle Rolle spielten, ihre verderbliche Tätigkeit. Sie wählten, den Reichswehrminister Roßte als fest eingesponnen zu haben, daß sie ihm die Diktatur übertragen wollten. Natürlich bedachte er sich dafür, erkannte aber wohl nicht, daß von diesem Zeitpunkt ab eine Mißharbeit in der neuen Reichswehr begann, die alles glückliche Erreichte wieder in Frage stellen sollte.

## Der Reichsfinanzminister in Biberach.

### Die Trauerfeier für Erzberger.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

b Biberach, 31. August.

Die alte Reichsstadt Biberach rüstet sich zur Bestattung des ermordeten Abgeordneten Erzberger. Am Bahnhof wehen die schwarz-weißen Banner in den württembergischen Landes- und Biberacher Stadtfarben. Im Laufe des Vormittags brachten Sonderzüge Tausende von Teilnehmern. Von der Familie Erzbergers sind neben der Gattin zwei Brüder und eine in Konstanz wohnende, verheiratete Schwester eingetroffen. Der Zug mit der Leiche Erzbergers langte bereits gestern abend 8 Uhr hier an, empfangen von einer Abordnung der Biberacher Zentrumspartei und einer Ehrengarde. Unter Glockengeläute wurde der Sarg in die Stadtkirche gebracht, an deren Portal ihn die gesamte Gemarkung erwartete. Dichte Menschenmengen hielten die Straße, durch die sich der Trauerzug bewegte, besetzt.

Reichspostminister Giesberts weilte bereits seit gestern in Biberach. Der Reichsfinanzminister fährt, wie ich erfahre, von Biberach aus nicht sofort nach Berlin zurück, sondern zunächst nach Bad Nauheim, um dem verwundeten Abgeordneten Diefenbach einen Besuch abzustatten.

Die württembergische und die badische Zentrumspartei erlassen einen Aufruf zur Errichtung einer Gedenktafel für Erzberger an der Stelle, wo die Mordtat erfolgte, und eine Tafel bei der Tanne, unter deren Ästen er sein Leben aushauchte. Am 28. August soll dort ein Gedenkspektakel gefeiert werden.

b Biberach, 31. August.

Vormittags 10 Uhr traf aus Stuttgart der Sonderzug mit dem Reichsfinanzminister in Biberach ein. Am Bahnhof wurde der Minister von dem Abgeordneten Hanser, Stuttgart namens der Zentrumspartei und von Regierungsrat Bauer namens des Bezirks Biberach begrüßt. Dr. Wirth dankte in einer kurzen Ansprache für den Empfang und drückte die Hoffnung aus, daß Ruhe und Ordnung in Deutschland aufrechterhalten werden würden.

In der Begleitung des Reichsfinanzministers befanden sich u. a. der Reichstagspräsident Loebe, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Hemmer und der Staatssekretär für die öffentliche Sicherheit Weißmann, der Direktor des Reichstags Geheimrat Jungheim und als Vertreter des Reichswehrministeriums General von Braun.

Die württembergischen Ministern waren Finanzminister Diefenbach als Vertreter des württembergischen Staatspräsidenten, sowie die Minister Holz und Graf zugegen. Beim Requiem in der Kirche kniete Reichsfinanzminister Wirth an einer besonderen Bank rechts vom Altar.

### Die Verordnung des Reichspräsidenten

Zuständigkeit der Ortspolizeibehörden.

Die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August werden heute erlassen werden. Der Reichsminister des Innern überträgt die Befugnisse, Verbote von Zeitungen und Versammlungen auszusprechen, auf die Ortspolizeibehörden. Verbote von Zeitungen sind sofort dem Reichsministerium des Innern mitzutellen, den Herausgebern der betroffenen Zeitungen ist innerhalb vierundzwanzig Stunden eine schriftliche Begründung mitzuteilen. Die gleichen Bestimmungen gelten auch bei Verboten von Versammlungen und Vereinstagungen. Unmittelbar nach Erlass des Verbotes ist der Staatsanwaltschaft Anzeige über das Vergehen zu machen, das die Grundlage des Verbotes gebildet hat. Beschwerden gegen die Verfügungen der Ortspolizeibehörden sind an das Reichsministerium des Innern zu richten.

Das preussische Ministerium des Innern wird besondere Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten nicht erlassen.

### Protest der Essener Richter.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

d Düsseldorf, 31. August.

In einem Telegramm an den Reichsfinanzminister und das Staatsministerium wendet sich die Essener Richtervereinigung gegen den Versuch, für die Ermordung des Abgeordneten Erzbergers und ähnliche politische Vergehen von rechts oder links die Handhabung der Strafrechtspflege, d. h. das sogenannte „Zweierlei Maß“ verantwortlich zu machen. Die Richtervereinigung protestiert auf das schärfste gegen diese, den Vorwurf grober Pflichtverletzung enthaltenden Anwürfe und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß kein deutscher Richter sich von etwas anderem leiten lasse, als von seiner Pflicht, die von ihm beschworene neue Verfassung zu schützen.